

Wohlfahrts-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Wohlfahrts-Zeitung“ erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post beträgt 1,60 Goldmark, durch Ausgabehändler ohne Belegbrief 1,40 Goldmark. Für die Post 1,85 Goldmark u. 40 Goldmark Zuzahlung. Zahl der Ausgaben: 48 pro Jahr. Die Ausgaben werden nach Monats-Listen berechnet; die Zeile 0,81 Goldmark.

Die Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung“ erscheinen, besonders Ermäßigung. Verlagsort: Halle-Dammstraße 74/75. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlagswesen“. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlagswesen“. Druck-Verlag: „Gesellschaft für Druck- und Verlagswesen“.

Das Programm der Regierung Marx.

Förderung der Landwirtschaft / Verwaltungsreformen / Sicherung der preussischen Finanzen / Ruhe ist die erste Bürgerpflicht / Kulturpolitik

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident empfing den nach Deutschland zurückgekehrten bisherigen Botschafter in Washington Dr. Ribbentrop.

Die Bildungsaussschuss des Reichstages beschloß sich mit Anträgen über den Aufbau des Schulwesens. Der Aussschuss lag im wesentlichen ein Vermittlungsantrag des Zentrums zugrunde, der den Weggang in der Grundschule auf vier Jahre festsetzt, den auf der mittleren Schule auf mindestens fünf Jahre festsetzt und den der höheren Schule auf neun Jahre festsetzt. Der Antrag des Zentrums fand mit Ausnahme der Kommunisten und Sozialdemokraten die Billigung des Aussschusses.

Im Samberger Schwabertalprojekt wurden viermal mehr hederartige Unternehmungen Urbans zu 10 Jahren Festungsdienst und 1000 Mark Geldstrafe, wegen Verstoßes auf Krieg und Jenseit zu 4 Jahren Festung und 400 Mark Geldstrafe, Keppen zu 5 Jahren Festung und 50 Mark Geldstrafe, Frede zu 6 Jahren Festung und 600 Mark Geldstrafe, Schabe zu 2 1/2 Jahren Festung und 800 Mark Geldstrafe.

Die honorarische Staatsregierung hat dem Projekt einer Bahn auf dem Nigipfel der Zugspitze nach den Plänen des Ingenieurs Cathebin die Genehmigung erteilt. Die Bahn führt unmittelbar vom Bahnhof Garmisch zum Gipfel, von dort durch einen über zwei Kilometer langen Tunnel zum Markt und von dort über einen Tunnel auf den Gipfel der Zugspitze. Vom Gipfel aus wird die Bahn als Zahnradbahn gebaut.

Der Schlußbericht der Kontrollkommission ist Mittwoch im Senat des General Staffs überreicht worden. Allen Mitgliedern der Kontrollkommission und Marschall Koch werden Abschriften zugesandt. Der Bericht ist an Herriot als Präsident der Vorkontrollkommission gerichtet und umfasst 44 Schlußabschnitte, 12 Anhänge und ist in 10 Abschnitten gegliedert. Die wichtigsten Abschnitte der Unterkommission für den Mannschafsstand und für die Entwaffnung sind.

Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ schreibt an, daß Außen Chamberlain das Kabinett ersuchen werde, die endgültige Abklärung des Genfer Protokolls in seiner jetzigen Form auszusprechen. Die englische Regierung hoffe, von den Vereinigten Staaten bald eine Ausherrung über ihre Auffassung zu erhalten.

Das Kriegsgericht in Nancy (Frankreich) hat den Divisiongeneral v. Specht und den Oberstabsarzt Dr. Fischer zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit und 3000 Francs Geldstrafe verurteilt, sowie den Polizeileutnant Heuweritz zu fünf Jahren Gefängnis.

Das französische Gericht in Amiens verurteilte vorgestern in Abwesenheit neun deutsche Offiziere wegen angeblicher Plünderung zu Zwangsarbeit von zehnjähriger bis zu lebenslänglicher Dauer.

Im englischen Unterhause erklärte gestern der Kriegsminister Worthington einen in Erwiderung auf eine Anfrage, die Zahl der britischen Besatzungstruppen in Deutschland habe am 1. Februar 8810 Mann aller Grade betragen. Die Kosten für die Besatzungstruppen im Jahre 1924 wurden auf 1 1/2 Millionen Pfund Sterling geschätzt.

„Daily Mail“ meldet aus Tokio: Der japanische Gesandte in Warschau ist angewiesen worden, sich unverzüglich nach Moskau zu begeben, wo er den Zweck eines Verbindungsbeamten führen werde. Dieser werde er japanischer Gesandtschaftsrat in Moskau werden, bis ein Botschafter ernannt wird.

Die Landtagsitzung vom Mittwoch.

Zu Beginn der Sitzung im Landtag waren die Regierungsideen noch undeutlich. Das Plenum und die Fraktionen überließen. Präsident Barzels teilte dem Saale offiziell mit, daß Ministerpräsident Marx die Annahme der auf ihn gefallenen Wahl erklärt habe. Der Präsident gebot die Anwesenheit der Abgeordneten sich von den Plätzen erheben, des fürchtbaren

Dortmunder Grubenunglücks

und sprach den Hinterbliebenen die herzlichste Teilnahme des Landtages aus. Anwesenden hatten sich die neuen Minister an der Ministerbank eingefunden. Der Antrag von Campe auf Auslegung der Verfassung dahin, daß bei jeder Neuwahl des Landtages auch der Verfassungsausschuss überwiegen. Sodann erteilt Ministerpräsident Marx das Wort zur

Regierungserklärung.

Er stellt zunächst das neue Kabinett vor und nimmt dann das Wort zu folgender Erklärung: Meine erste Pflicht scheint mir darin zu bestehen, auch von dieser Stelle die herzlichste Anteilnahme der Staatsregierung auszudrücken an dem erschütternden Unglücksfall, der

die treue Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers betroffen hat. Ehre, Dank und Anerkennung gebührt ihnen im höchsten Maße für ihre treue Pflichterfüllung. Seltene Anerkennung ist auch den Rettungsmannschaften zu zollen. Die Staatsregierung wird alles in ihrer Kräfte Stehende daransetzen, um das schwere Los der Hinterbliebenen zu lindern. Die frühere Staatsregierung hat ja bereits vorläufig einen Betrag von 100 000 Mark zur Vorkauf der ersten Rat zur Beseitigung gestellt. Daneben wird der weiteren Verbesserung der Unfallversicherung und des Grubenärztlichenwesens größte Sorgfalt zugewendet werden müssen.

Währendem Wort spreche ich namens der gesamten Staatsregierung aus den Mitgliedern des Staatsministeriums Braun. Seit drei Jahren hat in Preußen keine Regierungstrife den Fortschritt leugnerischer und edel nationaler Arbeit geübt. Parteienstische und es im Kabinett Braun nicht. (2) Schwere Entschuldigungen brachte der Umstand, daß trotz der klaren Bestimmung des Versailles Friedensvertrages

die Männer Jone zum 10. Januar nicht geräumt wurde. Wir wissen uns eins mit der Auffassung aller Parteien dieses hohen Hauses, daß alles daran gesetzt wird, die Kömer Jone sowohl wie auch die an der Ruhr bestanden Gebiete möglichst bald zu befreien. Der aus der Bevölkerung der Rheinlande und des Ruhrgebietes der Staatsregierung zugegangenen Bitte, bei Straftaten, die auf politische und wirtschaftliche Schwereitigkeiten infolge der Ruhrbesetzung zurückzuführen sind, von dem Rechte der Verhaftung Gebrauch zu machen, wird in möglichst weitgehendem Umfange mitgetroffen werden.

Nach immer müsse die Außenpolitik in erster Linie für unser politisches Verhalten maßgebend sein. Alle innerpolitischen Wünsche müßten vor den auswärtigen Interessen zurücktreten. Ganz selbstverständlich für jeden national denkenden Deutschen sei die Festigung und Wahrung der deutschen Reichseinheit. Daneben müsse die Rechte der einzelnen Länder geteilt und festgelegt werden. Eine Klärung des Verhältnis zwischen Reich und Ländern müsse möglichst bald erfolgen.

Richtlinien für die innere Politik Preußens.

Der Ministerpräsident gibt dann einige Richtlinien für die innere Politik Preußens. Selbstverständlich sei es, daß vor allem die Ernährung der Bevölkerung übergeordnet werde. Der Landwirtschaft müsse die Förderung zuteil werden. Die für alle einmütigen Berufsstände im Volkseigenen autonome. Die Erträge seien auf breiterer Grundlage zu steigern, die Erhaltung von Döblen zu begünstigen und die Siedlungs-politik fortzusetzen. Eine wesentliche Aufgabe der Regierung sei die Durchführung der

Reform der kommunalen und staatlichen Verwaltung.

Die Verhandlungen über den Finanzausgleich werden auch den Gemeinden wieder eigene Einnahmen schaffen müssen. Abgesehen von der Städte- und Landgemeindeförderung werden auch die Kreisordnung und die Provinzialordnung zur Vorlage an den Staatsrat kommen.

Die Lage der preussischen Finanzen erfüllt das Staatsministerium mit erster Sorge. Zwar ist das Gleichgewicht im Staatshaushalt vorläufig hergestellt, die Steuererträge und die Reichsüberweisungen erreichen auch die vorläufige. Die Ausgaben aber steigen die Tendenz, stärker zu steigen als die Einnahmen, und die Betriebsüberschüsse gehen zurück. Wichtige Steuererträge müssen verlängert werden. Vor allem aber: Die Pläne der Reichsregierung bedeuten eine erhebliche Schwächung der Finanzen sowohl des preussischen Staats als auch der preussischen Gemeinden.

Preußen muß für sich und seine Gemeinden bescheiden, nicht nur an dem Ertrage der großen Steuern in härterer Umfange, als es die Reichsregierung plant, beteiligt zu werden, sondern auch einen größeren Einfluß auf die Verwaltung dieser Steuer zu gewinnen. Die Länder und Gemeinden können sonst ihre Aufgaben, besonders in der Wohlfahrtspflege nicht erfüllen, sie brauchen Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet.

Bei der Mittelzeit der Reichsregierung werden die Reichsregierung nicht erfüllen, sie brauchen Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet. Bei der Mittelzeit der Reichsregierung werden die Reichsregierung nicht erfüllen, sie brauchen Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet.

Bei der Mittelzeit der Reichsregierung werden die Reichsregierung nicht erfüllen, sie brauchen Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet. Bei der Mittelzeit der Reichsregierung werden die Reichsregierung nicht erfüllen, sie brauchen Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet.

Bei der Mittelzeit der Reichsregierung werden die Reichsregierung nicht erfüllen, sie brauchen Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet. Bei der Mittelzeit der Reichsregierung werden die Reichsregierung nicht erfüllen, sie brauchen Bewegungsfreiheit auf finanziellen Gebiet.

Auf kulturpolitischem Gebiet

Die Regierung die große Linie des vorigen Kabinetts innehalten. Die Reform des höheren Schulwesens und die Neugestaltung der Lehrerbildung sollen durchgeführt werden.

Die Schule muss dem Geistlichen Ehrerkenntnis praktisch lebendig machen. Die weltlichen Sammelstellen sind durch die Reichsregierung zu ersetzen. Die Reichsregierung muss sich um die Pflege der in solcher Grundlage lässt sich eine Erziehung im Sinne der Völkervereinigung ermöglichen.

Die Reichsregierung muss sich um die Pflege der in solcher Grundlage lässt sich eine Erziehung im Sinne der Völkervereinigung ermöglichen. Die Reichsregierung muss sich um die Pflege der in solcher Grundlage lässt sich eine Erziehung im Sinne der Völkervereinigung ermöglichen.

Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft.

Die noch bestehenden Bindungen in der Wohnungswirtschaft sollen möglichst bald beseitigt werden. Die Neubautätigkeit soll durch öffentliche Mittel gefördert werden. Die Arbeitsbeschaffung sei in der Form einer Erwerbslosenunterstützung.

Die Reichsregierung muss sich um die Pflege der in solcher Grundlage lässt sich eine Erziehung im Sinne der Völkervereinigung ermöglichen. Die Reichsregierung muss sich um die Pflege der in solcher Grundlage lässt sich eine Erziehung im Sinne der Völkervereinigung ermöglichen.

Die Reichsregierung muss sich um die Pflege der in solcher Grundlage lässt sich eine Erziehung im Sinne der Völkervereinigung ermöglichen. Die Reichsregierung muss sich um die Pflege der in solcher Grundlage lässt sich eine Erziehung im Sinne der Völkervereinigung ermöglichen.

Die Aussprache.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei lehnen ab.

Der Vortrag des Ministerpräsidenten, der etwa eine halbe Stunde in Anknüpfung, wurde von den Kommunisten fast anhebend durch ständige Zurufe und Zwischenrufe unterbrochen. Aus der Mitte des Saales wurde gegen sie u. a. einmal der Ruf laut:

„Ruhe in der Reichshalle!“

Zum Worte kamen heute noch die Führer der Deutschnationalen, Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei.

Abg. Dr. Winkler (Deutschn.) erhob sofort den Vorwurf, daß trotz des klaren Wahlergebnisses vom 7. Dezember die Regierungsbildung um mehr als zwei Monate verzögert worden sei und sagte dem Ministerium, das sich nach wie vor auf die Partei des Klassenkampfes stütze, den härtesten Kampf mit allen parlamentarischen Mitteln an. Die Fraktion verweigerte im Sinne der Mehrheit der preussischen Wähler diesem Kabinett das Vertrauen und erwartete von Neuwahlen eine Regierung, die auch der Rechte der ihrer Größe entsprechenden Einfluss nicht vorzuziehen werde.

Die Fortsetzung der Rede wurde am Donnerstag 11 Uhr unterbrochen.

Wie wir hören, ist damit zu rechnen, daß bei der für Freitag zu erwartenden Abstimmung über die Regierungserklärung die Oppositionsparteien fordern werden, daß über jeden Minister einzeln abgemittelt wird.

Alkoholbrennerei im Reichstag.

Nach Erledigung kleinerer Vorlagen wandte sich der Reichstag Mittwoch zunächst dem schon untrüben Antrag Müller-Granten (Soz.) auf Vorlegung des Entwurfs eines Schankgesetzes an. Abg. Strauß (Wirtschaftl.) erklärte, seine Partei könne die Notwendigkeit eines Schankgesetzes nicht anerkennen, weil zwingende Gründe für eine weitere Verschärfung der Gesetzgebung für das Gastwirtschaften nicht vorhanden seien. Auch Abg. Pöpperle (Dem.) wandte sich gegen ein Schankgesetz und erklärte, daß dies auch der Standpunkt der Mehrheit seiner Fraktion sei. Sicherheit und Spürweite gäbe es auch in trocken gelegten Ländern. — Demgegenüber brachten die Abg. Strauß, Pöpperle und Graf v. Helldorf (Unab.) einen Gesetzentwurf ein, der um schärfere Vorlegung sei.

Gesetzentwurf zum Schutze der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus und zur Verbesserung des Schankgesetzeswesens unter Abklärung der Forderung des Reichstages

erläßt. Abg. Bieders (NSD) begründete, daß endlich mit der Entschärfung von Straftaten durch Trunkenheit Schluß gemacht werden sollte, letzte aber den sozialdemokratischen Antrag ab, da man ein berechtigtes Interesse nicht vernachlässigen dürfe. — Abg. v. Litz (Wirtschaftl.) betonte, daß mächtige Gegenüber vorhanden wären, und Gegenüber ausgleichend und tief damit große Gefahr sei. Als er damit in den Reichstag einen großen Heiterkeit rief die Erklärung des Abg. Schirmer (Soz.) hervor, der darauf hinwies, daß in Bayern das Bier ein Nahrungsmittel sei, das sich Bayern nicht nehmen lassen werde. — In der Abstimmung lehnte das Haus den vom Zentrum empfohlenen

Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion mit 200 gegen 168 Stimmen bei 16 Stimmenthalten ab und nahm den deutschnationalen Antrag zum Schutze der Jugend gegen die Gefahren des Alkoholismus mit 208 gegen 53 Stimmen bei 6 Enthaltungen an.

Bei der Weiterberatung des Hausbills des Reichsverkehrsministeriums ermittelte sich eine lange Debatte über Kleinbahnwesen, Seebahn-ausbaustatistik, Luftverkehr, Kraftverkehr und Wasserstraßen.

Der Reichstag wird heute die Interpellation wegen des Grubenunglücks sich von der Regierung beantworten lassen.

Der Staatsanwalt regent den Drückeberger.

Nachdem Herr Zenger-Begegnung aus der Zentrumsparlei ausgeschlossen, aber sein Reichstagsmandat beibehalten hat, glaubt er sich durch den Mangel der Immunität vor Anklagen des Staatsanwalts geschützt. Aber diese Meinung war irrig. Wie von gut unterrichteter Berliner Seite verlautet, wird die Staatsanwaltschaft sich jetzt offiziell an den Reichstagspräsidenten wenden und einen Beschluss des Parlaments über Aufhebung der Immunität verlangen, da gegen Zenger-Begegnung, der sowohl im Falle Barmat als auch im Falle Gölle als Zeuge vernommen werden muß, nimmend das Ermittlungsverfahren durchgeführt werden soll.

Über den Nachfolger des Berliner Vizepräsidenten Richter werden allerlei Gerüchte laut. So wird z. B. der frühere Rentenerungsabtreter Weis, bekannt aus seinem Konflikt mit der russischen Handelsvertretung in Berlin, als Nachfolger Richters genannt. Diese Kombinationen beruhen nur auf leeren Vermutungen. Im preussischen Innenministerium ist in dieser Angelegenheit noch kein Beschluß gefaßt oder irgendein Vorschlag gemacht worden.

Die rote Entlastungsoffensive.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Sachen der Ruhrstreiks ist nimmer im Reichstag eingegangen. Aufgabe des Ausschusses soll es nach dem Antrage sein, die an die Ruhrindustrie verhängten und zum Teil ausgemachtten Beträge wiederherzustellen an das Reich falls sie den. Die Aufgaben des Ausschusses werden hierauf noch im einzelnen im dem Antrag spezifiziert. Auch soll die Höhe des von dem einzelnen Unternehmen während des Jahres 1923 ausgegebenen Notgeldes festgelegt werden.

Wir haben Ihnen mehrfach darauf hingewiesen, daß die ganze Ruhrindustrie in der Provinz nichts anderes als ein Entlastungsamt ist für die Gewinnen, die im Barmatamt festsitzen geblieben sind und für die, die noch folgen werden.

Die Kapläne in Mecklenburg.

Im Mecklenburgischen Landtage kamen die Vorträge zur Sprache, die zur Verhaftung der sieben kommunikativen Landtagsabgeordneten des Arbeiters Erich Schmitz und des Bauers Röh, geführt haben. Der dritte Redeführer, Herr Peters, hat die Hauptgründe, diese drei Abgeordneten sind die der Kirche angehörenden Hauptredaktionsleiter, die in Mecklenburg einen blutigen Aufstand vorbereitet. Der mecklenburger Minister Schwabe gab im Landtage Mitteilungen aus der Angelegenheit bekannt, die das Entgegen aller Landtagsmitglieder hervorrief. Die verbrocheneren Pläne der Kirche bzw. des „Reichstages“ und „Stichtages“, wie sie sich in Mecklenburg niederschlugen, wie aufgefundenen Papiere beweisen, darin:

alle Minister und zahlreiche Privatpersonen zu ermorden. Ein letzter Aufstand nach russischem Vorbild herbeizuführen werden, bei dem weder Frauen, noch Greise und Kinder gespart werden sollten. Durch unheimliche Mittel sollte ein Teil der Bevölkerung ausgerottet werden. Dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Barzloch soll die Jüge abgebrochen und die Finger abgehakt werden.

Die kommunikativen Fraktion demüßt sich, die Freilassung der siebenkommunikativen Genossen unter Hinweis auf ihre Immunität zu bewirken. Demgegenüber erklärt, auch die sozialdemokratische Fraktion, daß sie nicht daran denkt, Verbrechen durch Immunität zu

decken. Die verhafteten Räubersführer werden von dem Staatsgerichtshof abgeurteilt werden.

Das feindliche Polen.

Handelsminister Niedron erklärte vor dem Budgetausschuß des polnischen Reichstages von dem fünfjähriqen deutsch-polnischen Handelsvertrag u. a. m. in der Frage des Kohlelieferungsvertrages das Schwergewicht des ganzen Vertrages liegen. Es müsse in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß der östliche Teil Deutschlands nur unter Schwierigkeiten die polnische Kohle entnehmen könne

Der Streit mit Rumänien.

Rumänien ist in schweriger Lage: Seine ungeheuren Heeresleistungen erklärt es nicht einstränken zu können, weil Rußland Besardaten bebrähe und auch die Zustände auf dem Balkan unklar seien. Unrecht ist es damit nicht. Denn Rußland, trotzdem haben der Stadtlober Transit in der obersten Heeresleitung, Franke, jede Angriffsabsichten nach irgendeiner Seite hin durchaus abgelehnt hat, in einen Zeitteil geüben, das es Besardaten wiederhaben will.

Andererseits ist die Wirtschaftslage Rumäniens einseitigen geradezu trostlos, seitdem durch Aufhebung des Großgrundbesitzes der Getreideüberschuß und damit die Hauptquelle der rumänischen Handelsleistung mangelhaft ist, in sich ins Gegenteil, in die Notwendigkeit, Getreide vom Ausland einzuführen, verwanbelt hat.

Angedacht dieser denkbaren Lage hat Rumänien den heute geradezu zu einer politischen Mobilität genötigt. Aber heftigste Auslandsaktionen aufzunehmen. Die Folge sind aber völlig unemittig: weder Frankreich, noch England, noch Amerika, noch die Völkerbund zeigen irgendeinen Interesse dafür, in dieses durch die deutsche Sozialpolitik herbeigeführte des Großgrundbesitzes zugunsten der Landarbeiters und durch übermäßige Heeresausgaben wirtschaftlich verarmte Staatswesen Geld hineinzulassen, zumal mit einem Krieg des Landes mit Rußland, das mit einer weiteren schwerer Schädigung der Rumänien überlebt zu rechnen ist.

Was soll also geschehen, um Rumäniens Staatsfinanzen zu retten? Da sind die Rumänen auf einen Einfall gekommen, der ebenfalls bereits so allgemein geworden ist, daß man auch ihn als politische Mobilität bezeichnen kann:

Wenn alle Stränge reißen, muß eben Deutschland nachhaken.

In einem Vorwand fehlt es nicht: Deutschland hat während der Besetzung Rumäniens zur Milderung der Geldknappheit und Inflation des Wirtschaftens für rund 2 Milliarden Reichsmark „Generalbanknoten“ ausgegeben. Diese 2 Milliarden hat Rumänien jetzt zurückhaben, sie sind seine letzte Hoffnung.

Der Anspruch auf Erstattung der 2 Milliarden ist nicht neu, er ist von Rumänien seit den Friedensvertragsverhandlungen bis zur Londoner Konferenz im Jahre 1919 erhoben worden. Das Ergebnis, daß Rumänien von den Alliierten auf direkte Verhandlungen mit Deutschland verurteilt wurde. Auch bei der letzten Finanzkonferenz in Paris verblieb es dabei.

Die deutsche Regierung hat der rumänischen in einer eilt im Januar dieses Jahres überreichen Note sehr richtig erklärt: Der Damesplan bestimmt ausdrücklich, daß Deutschland weitere Zahlungserleichterungen als die des Damesplans nicht haben soll. Erzbredel ist Deutschland grundsätzlich zu einer Verständigung bereit.

Mehr konnte Rumänien wirklich nicht verlangen, denn das deutsche Angebot einer Verständigung ging schon fast über das hinaus, was Deutschland mit Rücksicht auf die Hauptlage der Welt, die Rumänien weiß sich einzig nicht anders zu helfen und verlangt münder seine 2 Milliarden, und zwar zum Goldkurs. Diese Summe ist absolut unmöglich, denn die rumänische Regierung hat diese Generalbanknoten inzwischen eingezogen

und dies auch nur auf kurze Zeit. Weiter müße erfüllt werden, daß mit dem Hineinrücken politischer Momente in wirtschaftliche Fragen ein Ende gemacht werden müße. Deshalb könnten auch die Verhandlungen mit Deutschland von polnischer Seite mit feinerlei juristisch nicht gerechtfertigten politischen Zugeländnissen verknüpft werden.

Der Herr Pole sieht auf recht hohem Stand und wird wohl noch herunterstürzen. Ohne Deutschland ist Polen auf die Dauer verloren und seine Wirtschaftslage ist schon jetzt trotz des genugsam „Politische Zugeländnisse“ verhänglich war gar nicht, aber die Polen sollen endlich ihr z. unerbörten und rechtswidrigen Ansprüche mähtigen.

und zwar zum Papiergeldkurs, d. h. unter einem Aufwand von rund 10 Millionen Gold-Fl. Wenn also trotz Damesplanes überhaupt eine Forderung Rumäniens fortbleibe — was mehr als zweifelhaft ist — dann höchstens in Höhe dieser rund 10 Millionen Gold-Fl. Rumänien hat die rumänische Regierung in ihrer Gebot nicht zu und beschränkt sich — nach alledem im Winter — über den „höhen Willen Deutschlands.“

Mit der Schwere allein beginnt man sich aber nicht zu tun, man hat eine stülbe Forderung gegen Deutschland entworfen, und der Finanzminister Brantiano und seine Regierung drohen mit Zollkrieg gegen deutsche Waren, Beschlagnahme deutschen Privatigentums in Rumänien und Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Also ein großer Konflikt. Aber ganz so ernst wird er nicht zu nehmen sein, denn leicht kann Rumänien die deutsche Einfluß nicht ereten. Immerhin könnten Frankreich und Italien unter Benutzung des kurzen und billigen Mittelweges sich allmählich an unsere Stelle setzen. Bisher ist der Konflikt auch noch nicht ganz so offiziell.

Unere Regierung wird die Aufgabe haben, unter nochmaliger neuer Besetzung aller Verhältnisse, insbesondere unserer Gebundenheit durch den Damesplan, eine glatte Einigung zu versuchen. Eventuell wird sie an unsere Hauptgläubiger herantreten müssen: Wären sie sich mit 10 Millionen Gold-Fl. Rumänien abfinden, dann was noch unbedeutlicher für alle Beteiligten wäre, sich irgendeine untereinander einigen über eine Sanierung Rumäniens, die nicht unmittelbar auf Kosten Deutschlands, und damit in Wirtschaftlich auf Kosten der Damesplanträger geht. Deutschland selbst kann besten Willen nicht Rumäniens Ansprüche befriedigen oder seine Notlage heilen. Mit Drohungen verschlimmert Rumänien nur seine Lage und verhängt sich das bisherige Entgegenkommen Deutschlands.

Wukareff, 19. Februar. Zu der Meldung, wonach Rumänien Repressionsmaßnahmen gegen deutsche Kapitalien und deutsche Staatsangehörige ergreifen will, wird in einer Meldung der rumänischen Zeitung angegeben, daß die rumänische Regierung sich zum heutigen Tage keine derartigen Maßnahmen getroffen habe.

Von rumänischer Seite, so wird aus Berlin gemeldet, ist bisher mit folgenden Repressionsmaßnahmen eingeleitet worden: Die Liquidierung des noch nicht liquidierten deutschen Vortrageigentums in Rumänien, die Einführung der Prozent, Einfuhrabgabe auf deutsche Waren, die Einführung von Magazinsteuern für deutsche Waren und die Einschränkung des seit der Ratifikation des Berliner Vertrags in Rumänien neu erworbenen deutschen Privatigentums.

Washington, 18. Februar. In amerikanischen Regierungskreisen wird jede Stellungnahme in dem deutsch-rumänischen Reparationsstreit vermieden. Aus Unterhaltungen mit politischen Persönlichkeiten geminnt man jedoch den Eindruck, daß die amerikanische Regierung als neutrale Instanz betrachtet wird, ein Schiedsverfahren einzuleiten. — Man erhebt aus der Meldung, daß Amerika die internationalen Zusammenhänge der Angelegenheit sehr richtig versteht.

Luftschiffverkehr London - New York.

London, 19. Februar. Daily News in London erfahren, daß ein Plan für die Errichtung eines großen Handelsluftschiffverkehrs zwischen London und New York den offiziellen Kreisen zur Kenntnis gebracht worden ist. Es verlautet, daß eine Gruppe hervorragender amerikanischer Geschäftsleute den Plan unterbreite. Ursprünglich ist die Bemessung von drei Zephelinen von etwa 100 000 Kubikfuß, das heißt etwas kleiner als der Z. R. 3 vorgesehen worden. Die alternativen Regierungen hätten in Erwiderung auf eine Anfrage des Betreters der Gruppe auf die Bestimmungen des Berliner Vertrags hingewiesen, die den Bau von Luftschiffen in Deutschland unmöglich machen. Ob der Plan weiter verfolgt werde, ist noch unbestimmt.

Krisis in der englischen Sozialdemokratie.

Daily Express schreibt, das politische Interesse in England hat sich plötzlich auf einen Kampf konzentriert, der hinter den Kulissen und innerlich der Arbeiterpartei vor sich geht und der sich um die Führerschaft in dieser Partei dreht. Daß die Partei gespalten sei, habe sich am Montag bei der Erörterung über den Schutz der britischen Industrie gezeigt. Macdonalds Stellung als Führer ist erkräftigt. Als die fünf möglichen Führer der Arbeiterpartei bezeichnet das Blatt Macdonald, Thomas, Winstanley, Glaves und Ramsbury. Die stärksten Persönlichkeiten davon seien Thomas und Winstanley.

Abrüstungsgerede — Rüstungspläne.

Die Vereinigten Staaten haben bei den Hauptmächten den Gedanken einer neuen Abrüstungskonferenz angeregt. Die Vorschläge haben zwar den Punkt noch nicht erreicht, den die Diplomaten als Beginn der formellen Verhandlungen bezeichnen. Sie werden aber ununterbrochen fortgesetzt.

Präsident Coolidge hat dem Kongress das amerikanische Marinemittelprogramm übermitteln, das die Modernisierung von drei Schlachtschiffen mit Kohlenfuehrung, die Fortsetzung des Baues von Flugzeugmuttertschiffen und Flugzeugen, den Bau von drei Kreuzern von 10 000 Tonnen und den Beginn des Baues von Kanonenbooten für den pangäis-für umfaßt.

Das japanische Marineministerium gibt bekannt, daß die Ausarbeitung der 14. in Gemäßheit mit den Bestimmungen der Washingtoner Konferenz abgelaufenen Kriegsschiffe am 9. Februar zu Ende geführt worden ist. Die Schiffskonstruktionen sind die neueste Kommode: das unbrauchbar gemachene wird vernichtet, aber neue Schiffe werden gebaut, und das nennt man dann Abrüstung.

Im nächsten Monat werden auf dem Flugplatz Altres in Frankreich Veruche mit einem Flugzeug stattfinden, das ohne Besatzung auf dem Flug einen Flug von 200 Meilen zurücklegen und wieder auf dem Startplatz landen soll. Der Flug soll von der Erde aus auf drahtlosem Wege kontrolliert werden.

In einem Antrag des Seeresauschusses der französischen Kammer wurde mitgeteilt, daß die Regierung die neue Militärreform, durch die die einjährige Dienstzeit in Frankreich eingeführt werden soll, dem Parlament am 20. März vorlegen wird.

25 Bräute.

Ein Schmelzroman von Wilhelm Herber. 42 Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dort lebte er, als der Schnellzug ankam, den Herbenotius aus des ersten Gabels der Stadt, lenkte mit dem hellgelben Handbühn das Einglas ins Auge und nahm als Baron Veit v. Walljahr im Hotel zwei Zimmer im ersten Stock.

Dem Sekretär gegenüber machte er eine Anbeugung zum Lobe der Gräfin Rachel und Erbschaftsangelegenheiten, in denen er hier wäre.

Fünf Minuten später wühlerte das ganze Haus von den angenehmen Willkoren, die zu holen der einzige Heffe als Unterleutende bekommen ist.

Sogar der freudige Willkoren schickte auf den Leben an seiner Türe vorbei, und Betta, das Stubenmädchen, war, als sie bei dem Herrn Baron eintrat, bereit gold-schneid, das sie willens alles tat, was er wünschte.

Er wollte nur die Fremdenhilfe des Hotels einleiten, war aber so gegen die Herren, die ihrer literarischen Kreise um diesen Stadt unter fünfzig Regeln anderer Verordnungen antrauerte, sie könne sich so gut wie als Braut des Herrn Baron betrachten, werde morgen hinführen, und wenn sie von ihrer Hochschiffreise aus Spanien zurückkomme, ihre Freundin als Schloßbesitzerin mit einem hohen Gehalt und feinem Kinneloch anstellen.

Nach am selben Tage melde ich die Stubenmädchen aller Gabeln, in das erste Stockwerk, was ihnen aber als Verdacht ausgesagt und abgelehnt wurde.

Barons Reichum und Kunstverständnis aber, welche die Pläne für ihr letztes überbrachten hatte, bestimmte sie zur einzigen Ausnahme von der strengen Regel.

Sie ließ den Besucher vor.

Er überreichte ihr einen Strauß wertvollster Rosen und Orchideen und erwiderte bei ihr den Eindruck eines ungemein feinen und lebenswichtigen Mannes, der nur etwas nervös schien und häufig betraute übermäßig laute, selbst wenn kein Grund vorhanden war.

So zum Beispiel, als er davon sprach, daß ihm seine Tante Rachel ein sehr großes Vermögen hinterlassen habe.

Er hätte ihr sogar, wenn sie es gewünscht hätte, das Testament gesetzt, das er dabei halb aus der Tasche zog — er würde es sehr gern gemacht haben, wenn sie nicht gestürzt hätte, ihn damit zu trüben.

Das aber wollte sie nicht. Denn er interessierte sie ungemein. Alles an ihm interessierte sie. Er war feil, dann interessiert, als er nahezu unheimlich wurde.

Das aber wurde er, als er plötzlich aufstand, als die Tür ging, abperrte und den Schlüssel zu sich nahm.

Sie betrachtete ihn erregt. Ihr war nachgerade unheimlich geworden.

„Was ist von Ihrem Namen?“

„Wiederholte er seine Frage noch dringender und tiefer über sie gebend, daß sich Auge unmittelbar in das ihre brannte: „Bitte, wie heißen Sie mit Vornamen?“

Er lachte.

„Sehr befremdet und heinahe unwillig erwiderte sie: „Lesta heiße ich.“

Sie sah sorgig auf und war im Begriffe, sich abzuwenden und die Klingel in Bewegung zu setzen.

Da machte er eine beruhigende Gebärde.

Er nichte oberflächlich.

„Ihr Vermögen ist außerordentlich groß.“

„Es freut mich für Sie, das zu hören.“

„Ich kann damit jedem Wunsch gerecht werden.“

Sie erstötte leicht.

„Ich kann insbesondere meiner leidenschaftlichen Vorliebe für die Kunst umfangreich nachgehen, was ich in diesem Umfange bis jetzt nicht vermochte.“

„Ein Glück für uns Künstler.“